

Österreichisches Volksgruppenzentrum

Vorschlag für einen Minderheitenschutzartikel

1

aufbauend auf dem von Ao. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.C.J. beim Expertenhearing im Ausschuss 4 am 30. 01. 2004 unterbreiteten Textvorschlag

Synopse: Verfassungsrechtlicher Volksgruppenschutz

(die vom Österreichischen Volksgruppenzentrum vorgeschlagenen Ergänzungen sind **fett und kursiv** hervorgehoben)

StGG 1867	StV v St. Germain	StV von Wien	Bundesverfassungsrecht; EU-Grundrechte-Charta	Textvorschlag
<p>Art 19*) (1) Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. (2) Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt. (3) In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.</p> <p>*) Absatzbezeichnungen hinzugefügt.</p>	<p>Art 66*) (1) Alle österreichischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder Religion sind vor dem Gesetze gleich und genießen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte. [(2) Unterschiede in Religion, Glauben oder Bekenntnis sollen keinem österreichischen Staatsangehörigen beim Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte nachteilig sein, wie namentlich bei Zulassung zu öffentlichen Stellungen, Ämtern und Würden oder bei den verschiedenen Berufs- und Erwerbstätigkeiten.]**) (3) Keinem österreichischen</p>	<p>Art 7: Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten (Z 2, 3 und 4 in Verfassungsrang)</p> <p>1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.</p> <p>2. Sie haben Anspruch auf</p>	<p>Art 8 B-VG: (1) Die deutsche Sprache ist, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik. (2) Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zu ihrer gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die in den autochthonen Volksgruppen zum Ausdruck kommt. Sprache und Kultur, Bestand und Erhaltung dieser Volksgruppen sind zu achten, zu sichern und zu fördern.</p> <p>Art 1 lit b § 7 Minderheiten Schulgesetz</p>	<p>Art x: Minderheitenschutzartikel</p> <p>(1) Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Achtung seiner Sprache und Kultur. Volksgruppen im Sinne dieses Artikels sind die zum Zeitpunkt der Wiederherstellung der Republik Österreich in Teilen des Bundesgebietes wohnhaften und beheimateten Gruppen österreichischer Staatsbürger mit nichtdeutscher Muttersprache und eigenem Volkstum. Die Volksgruppen und ihre Angehörigen haben einen Anspruch auf besondere Förderung und Sicherung ihres Bestandes, ihrer Sprache und ihrer Kultur. Das Bekenntnis zu einer Volksgruppe ist frei. Keinem Angehörigen einer Volksgruppe darf durch die</p>

Österreichisches Volksgruppenzentrum

Vorschlag für einen Minderheitenschutzartikel

aufbauend auf dem von Ao. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.C.J. beim Expertenhearing im Ausschuss 4 am 30. 01. 2004 unterbreiteten Textvorschlag

Synopse: Verfassungsrechtlicher Volksgruppenschutz

(die vom Österreichischen Volksgruppenzentrum vorgeschlagenen Ergänzungen sind **fett und kursiv** hervorgehoben)

	<p>Staatsangehörigen werden im freien Gebrauch irgend einer Sprache im Privat- oder Geschäftsverkehr, in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder irgend einer Art von Veröffentlichungen oder in öffentlichen Versammlungen, Beschränkungen auferlegt.</p> <p>(4) Unbeschadet der Einführung einer Staatsprache durch die österreichische Regierung werden nicht deutschsprechenden österreichischen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen beim Gebrauche ihrer Sprache vor Gericht in Wort oder Schrift geboten werden.</p> <p>Art 67 Österreichische Staatsangehörige, die einer Minderheit nach Rasse, Religion oder</p>	<p>Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.</p> <p>3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer</p>	<p>Minderheiten-Schulgesetz für Ktn: Das Recht, die slowenische Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen oder als Pflichtgegenstand zu erlernen, ist jedem Schüler in dem gemäß § 10 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes umschriebenen Gebiet in den gemäß § 10 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes festzulegenden Schulen zu gewähren, sofern dies der Wille des gesetzlichen Vertreters ist. Ein Schüler kann nur mit Willen seines gesetzlichen Vertreters verhalten werden, die slowenische Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen oder als Pflichtgegenstand zu erlernen.</p> <p>§ 1 Minderheiten-Schulgesetz für Bgld: (1) Das Recht, im Burgenland die kroatische oder ungarische Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen oder als Pflichtgegenstand zu erlernen, ist in den gemäß §</p>	<p>Ausübung oder Nichtausübung der ihm zustehenden Rechte ein Nachteil erwachsen.</p> <p>(2) Die Volksgruppen und ihre Angehörigen haben Anspruch auf Kindergartenerziehung und Schulunterricht in öffentlichen Pflichtschulen in der jeweiligen Volksgruppensprache in ihrem autochthonen Siedlungsgebiet und außerhalb dieses bei einem nachhaltigen Bedarf. Weiters haben sie einen Anspruch auf eine verhältnismäßige Anzahl von öffentlichen höheren Schulen und auf Einrichtung einer eigenen Schulaufsicht. Die Volksgruppen haben ergänzend einen Anspruch auf angemessene Förderung von privaten Kindergärten und Privatschulen, die der Pflege ihrer Sprache und Kultur dienen.</p> <p>(3) Die Volksgruppen und ihre Angehörigen haben im traditionell gemischtsprachigen Gebiet</p>
--	--	--	--	--

Österreichisches Volksgruppenzentrum

Vorschlag für einen Minderheitenschutzartikel

3

aufbauend auf dem von Ao. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.C.J. beim Expertenhearing im Ausschuss 4 am 30. 01. 2004 unterbreiteten Textvorschlag

Synopse: Verfassungsrechtlicher Volksgruppenschutz

(die vom Österreichischen Volksgruppenzentrum vorgeschlagenen Ergänzungen sind **fett und kursiv** hervorgehoben)

	<p>Sprache angehören, genießen dieselbe Behandlung und dieselben Garantien, rechtlich und faktisch, wie die anderen österreichischen Staatsangehörigen; insbesondere haben sie dasselbe Recht, auf ihre eigenen Kosten Wohltätigkeits-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen mit der Berechtigung, in denselben ihre eigene Sprache nach Belieben zu gebrauchen und ihre Religion frei zu üben.</p> <p>Art 68 *) (1) Was das öffentliche Unterrichtswesen anlangt, wird die österreichische Regierung in den Städten und Bezirken, wo eine verhältnismäßig beträchtliche Zahl</p>	<p>oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.</p> <p>4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.</p> <p>5. Die Tätigkeit von</p>	<p>6, § 10 und § 12 Abs. 1 dieses Bundesgesetzes festzulegenden Schulen österreichischen Staatsbürgern der kroatischen und ungarischen Volksgruppe zu gewähren.</p> <p>(2) Ein Schüler kann gegen den Willen seiner Erziehungsberechtigten nicht verhalten werden, die kroatische oder ungarische Sprache als Unterrichtssprache zu gebrauchen.</p> <p>Zahlreiche andere Verfassungsbestimmungen (aus jeweiligem Zusammenhang erklärbar): zB Kompetenzbestimmungen in Art I lit a §§ 1-6 MindSchG für Kärnten; vgl auch § 8, § 9 Abs 2, § 34 Abs 1, § 35, § 36 Abs 1 MindSchG f Ktn und Art IX der Schulverfassungsnovelle 1962, BGBl 1962/215; Art IV Abs 2 Minderheiten-Schulgesetznovelle 1990, BGBl 1990/420; vgl auch §§ 19 Abs 1, 20 Abs 1 MindSchG f Bgld und § 22 Abs 2 Volksgruppengesetz.</p>	<p>einen Anspruch auf Gebrauch der jeweiligen Volksgruppensprache als zusätzliche Amtssprache im Verkehr mit Verwaltungsbehörden und Gerichten sowie im öffentlichen Leben; außerhalb dieses Gebietes haben sie Anspruch auf angemessene Erleichterungen zum Gebrauch der jeweiligen Volksgruppensprache. Die zusätzliche Amtssprache kann im gemischtsprachigen Gebiet von jeder Person gebraucht werden. Die Volksgruppen haben im traditionell gemichtsprachigen Gebiet einen Anspruch auf zweisprachige topographische Bezeichnungen und Aufschriften.</p> <p>(4) Die Volksgruppen haben einen Anspruch auf einen angemessenen Anteil an öffentlichen Mitteln als finanzielle Volksgruppenförderung aus</p>
--	---	---	--	--

Österreichisches Volksgruppenzentrum

Vorschlag für einen Minderheitenschutzartikel

aufbauend auf dem von Ao. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.C.J. beim Expertenhearing im Ausschuss 4 am 30. 01. 2004 unterbreiteten Textvorschlag

Synopse: Verfassungsrechtlicher Volksgruppenschutz

(die vom Österreichischen Volksgruppenzentrum vorgeschlagenen Ergänzungen sind *fett und kursiv* hervorgehoben)

<p>anderssprachiger als deutscher österreichischer Staatsangehöriger wohnt, angemessene Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, daß in den Volksschulen den Kindern dieser österreichischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt werde. Diese Bestimmung wird die österreichische Regierung nicht hindern, den Unterricht der deutschen Sprache in den besagten Schulen zu einem Pflichtgegenstande zu machen.</p> <p>(2) In Städten und Bezirken, wo eine verhältnismäßig beträchtliche Anzahl österreichischer Staatsangehöriger wohnt, die einer Minderheit nach Rasse, Religion oder Sprache angehören, wird</p>	<p>Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.</p>	<p>EU-Grundrechte-Charta</p> <p>Art 22: (= Art II-22 Verfassungsentwurf-EU)</p> <p>Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.</p>	<p>dem Budget des Bundes sowie aus den Budgets der Länder und Gemeinden, in denen sich gemischtsprachige Gebiete befinden, <i>sowie auf eine besondere Förderung der Medien in ihrer eigenen Sprache.</i></p> <p><i>(5) Die Volksgruppen haben das Recht auf Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten. Die Selbstverwaltungen der Volksgruppen sind als Körperschaften öffentlichen Rechts einzurichten.</i></p> <p>(6) Vereinigungen oder Vertretungskörper, die ihrem rechtlichem Zweck nach Volksgruppeninteressen vertreten und für die betreffende Volksgruppe repräsentativ sind, haben das Recht die auf diesen Artikel gegründeten Rechte der betreffenden Volksgruppe vor Gerichten und Verwaltungsbehörden geltend zu machen. Die Rechte der Angehörigen der Volksgruppen bleiben davon</p>
---	--	---	---

Österreichisches Volksgruppenzentrum

Vorschlag für einen Minderheitenschutzartikel

5

aufbauend auf dem von Ao. Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits, M.C.J. beim Expertenhearing im Ausschuss 4 am 30. 01. 2004 unterbreiteten Textvorschlag

Synopse: Verfassungsrechtlicher Volksgruppenschutz

(die vom Österreichischen Volksgruppenzentrum vorgeschlagenen Ergänzungen sind *fett und kursiv* hervorgehoben)

<p>diesen Minderheiten von allen Beträgen, die etwa für Erziehung, Religions- oder Wohltätigkeitszwecke aus öffentlichen Mitteln in Staats-, Gemeinde- oder anderen Budgets ausgeworfen werden, ein angemessener Teil zu Nutzen und Verwendung gesichert</p> <p><i>*) Absatzbezeichnungen hinzugefügt.</i> <i>***) Betrifft nicht den verfassungsrechtlichen Volksgruppenschutz.</i></p>			unberührt.
---	--	--	------------

Gleichheitssatz (Schutz der Minderheiten vor Diskriminierung):

Die Vorschriften, die einen Schutz der Minderheiten vor Diskriminierung insbesondere wegen der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, wegen der Sprache oder der Rasse vorsehen und ein Gebot der Gleichbehandlung normieren (vgl Art 63 Abs 1, 66 Abs 1 und Art 67 StV v St. Germain, Art 7 Z 4 StV v Wien; Art 14 EMRK, Art I RassDiskrBVG und auf einfachgesetzlicher Ebene Art 6 und 7 Z 1 und Z 5 StV v Wien; vgl auch Art 21 Abs 1 EU-Grundrechte-Charta) stellen sich als **besondere Ausprägungen des Gleichheitssatzes** dar. Sie wurden nicht in den Textvorschlag zum verfassungsrechtlichen Volksgruppenschutz aufgenommen, da davon ausgegangen wird, dass diese Vorschriften bei der Formulierung eines **Grundrechtsartikels zum Gleichheitssatz** berücksichtigt werden.